

Deutschland darf nicht Juniorpartner Frankreichs bleiben

Das Land muss zu seiner klassischen Gleichgewichtspolitik zwischen Paris und Washington zurückfinden

von Christian Hacke

Bonn - In Anlehnung an Heraklit hat der Irak-Krieg Dinge ans Licht gebracht, die sonst verborgen geblieben wären: Deutschlands schrumpfende Rolle in der atlantischen Gemeinschaft sowie Amerikas gestärkte Führungsrolle in der Welt. Kein Zweifel, die weltpolitische Dynamik steht auch weiter im Zeichen amerikanischer Vorherrschaft, die sogar im Zuge des Irakkrieges zugenommen hat. Kritik an gewissen arroganten Attitüden amerikanischer Macht mag sinnvoll sein, doch die Gegenmachtbildung in Europa, wie von Frankreich seit einem Jahr rhetorisch zunehmend ermüdend praktiziert, wirkt nicht nur arrogant, sondern ohnmächtig. Auch in Zukunft wird die weltpolitische und transatlantische Dynamik von den USA ausgehen. Offen bleibt, was Europa dagegen anzubieten hat?

Im Zuge des Irak-Debakels hat Präsident Chirac, ganz in der Tradition von Richelieu, Talleyrand und de Gaulle Frankreichs führende Rolle auf dem Kontinent zu festigen versucht. Mit der arroganten Attitüde des "le roi ce mois" straft Präsident Chirac diejenigen ab, die andere Wege vorschlagen. Seitdem Bundeskanzler Schröder auf undiplomatische Distanz zur Regierung Bush gegangen ist und sich Chirac unterordnet, scheint der französische Präsident das zu erreichen, woran seine Vorgänger seit Jahrzehnten scheiterten: Deutschlands Rang und Rolle in Europa und gegenüber den USA zu mindern und stattdessen als Juniorpartner an Frankreich zu binden. Jahrzehntelang hatte Deutschland dafür gesorgt, dass weder ein angelsächsisches noch ein frankophiles Europa entsteht, sondern dass es transatlantisch verankert bleibt. Das ist nun vorbei, weil Deutschland seine Vermittlerrolle zwischen London, Paris und Washington eingebüßt hat. Doch zum Glück regen sich Gegenkräfte. Vor allem die Regierung Blair rückt an Stelle Deutschlands in die Rolle des transatlantischen Vermittlers. Blair distanziert sich geschickt von Washington und propagiert jetzt ein interessantes Modell schrittweise Vergemeinschaftung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik im atlantischen Verbund.

Auch die Wahl des konservativen Portugiesen Barroso zum neuen EU-Kommissionspräsidenten reflektiert die wieder erwachte Stärke der atlantischen Europäer. Die Völker erkennen, dass Europa sich ex negativo von den USA weder einigen noch erneuern lässt. Europäische Identität und Integration Westeuropas ist nur mit dem freiheitlichen Vorbild und mit der verantwortungsvollen Machtpolitik der USA erklärbar. Daran erinnern sich gerade die jungen Demokratien im befreiten Mittel- und Osteuropa. Deshalb wird sich Europa nicht nur nach Osten erweitern, sondern damit gleichzeitig stärker atlantisch ausrichten. Es wird Zeit, dass Deutschland sich aus dem Schatten von Paris löst und Großbritanniens Positionen unterstützt. Wäre die Ursache der Verstimmungen lediglich der Irak-Krieg, dann ließen sich Interessengegensätze bald überwinden. Doch Paris geht es um Grundsätzliches: Der Disput über den Irak ist lediglich Anlass für die tiefere Ursache des Konflikts: Frankreich betreibt zur unipolaren Welt unter der Führung der USA strukturelle Gegenmachtbildung im Sinne eines alternativen Ordnungsentwurfs für die Weltpolitik.

Doch diese Konzeption steht im Gegensatz zu Deutschlands Interessen. Weil Frankreich selbst zu klein ist, möchte es auf den Schultern Europas eine weltpolitische Rolle spielen, Deutschland einbinden und die USA schwächen. Das aber ist anachronistisch.

Hannah Arendt hat eine Sinn gebende Vision entworfen, an die es zu erinnern gilt: die der atlantischen Zivilisation als letzte Chance abendländischer Kultur. Der amerikanische Historiker Robert Palmer schilderte schon Ende der fünfziger Jahre, wie der Begriff einer atlantischen Zivilisation entstand, nachdem in den letzten vier Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts sich eine revolutionäre Welle im Zuge der Amerikanischen und Französischen Revolution entwickelt hatte.

Doch die Idee einer gemeinsamen atlantischen Zivilisation blieb durch den Ersten Weltkrieg und dann durch den Zweiten Weltkrieg bloße Theorie. Nach dem Untergang des Nationalsozialismus 1945 und erneut nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus 1989/90 und der Überwindung der Spaltung Europas wird endlich der Weg frei für diese zukunftsweisende Idee der atlantischen Zivilisation im Zeichen von Demokratie, Wohlstand und Fortschritt für das ganze Europa. Diese neue Chance muss auf dem Hintergrund des vereinten Deutschlands in einem vereinten Europa endlich erkannt und genutzt werden, denn sie entspricht Deutschlands Rolle als Vermittler zwischen frankophilen und angelsächsischen Interessen.

Die Rolle des Juniorpartners gegenüber Frankreich ist für Deutschland nicht mehr angemessen, aber die des Juniorpartners der USA im Rahmen einer atlantischen Zivilisation ist kraftvoll und zustimmungsfähig. Auch wäre die amerikanische Vormacht im Rahmen der atlantischen Zivilisation eine gemäßigte, weil sie Washington auch zur kooperativen Balance verpflichtet. Die Europäer müssen außerdem selbstkritischer als bisher Antwort auf die Frage geben: Ist nicht eine sanfte Hegemonie der USA vorteilhafter und vor allem wirkungsvoller im Rahmen einer atlantischen Zivilisation als das ständige Gerede von einer europäischen Außenpolitik, die es in Wirklichkeit nicht gibt?

Im Rahmen der atlantischen Zivilisation steigen übrigens die Chancen für Europa als Akteur der Weltpolitik an der

Seite der USA ernst genommen zu werden, während die von Frankreich dominierte Weltmachtperspektive in Wirklichkeit Isolation und Machtlosigkeit mit sich bringt.

Deutschland und Europa würden in dieser atlantischen Zivilisation ihre weltpolitische Verantwortung besser wahrnehmen können, als allein und auf Unabhängigkeit bedacht.

Diese Vision eines atlantischen Europas als Pfeiler der atlantischen Zivilisation muss verwirklicht werden. Die Voraussetzung ist allerdings, dass Berlin sich endlich vom arroganten Führungsanspruch Frankreichs löst und seine traditionelle Maklerrolle, auch gegenüber Washington, kritisch und klug wahrnimmt.

Der Autor ist Professor für Politische Wissenschaft in Bonn.

Artikel erschienen am 14. Juli 2004

[Artikel drucken](#)

© WELT.de 1995 - 2004